
Hans-Adolf Jacobsen

Geopolitik im Denken und Handeln deutscher Führungseliten

Anmerkungen zu einem umstrittenen Thema

Im politischen Denken und Handeln deutscher Führungseliten hat die mitteleuropäische Lage des Deutschen Reiches stets eine zentrale Rolle gespielt. Die damit verbundenen innen- und außenpolitischen mannigfachen Herausforderungen sind allerdings unterschiedlich beantwortet worden. Raum, Grenzen und Potentiale (Ressourcen) sind in ihrer Gewichtung und Bedeutung für das Politische entweder nicht hinreichend in das Kalkül bei Entscheidungsprozessen einbezogen oder aber falsch eingeschätzt worden, was sich insbesondere in der Epoche der Weltkriege gezeigt hat¹, und zwar mit verhängnisvollen Konsequenzen für die Deutschen und Europa.

In diesem Zusammenhang ist zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts der Begriff „Geopolitik“ geprägt worden. Selbstverständnis, Wege und Irrwege der Geopolitik sind zwar in den letzten Jahrzehnten durch zahlreiche Einzelstudien verdeutlicht worden, jedoch fehlt bis heute eine umfassende Gesamtwürdigung vor dem Hintergrund des deutschen „Sonderweges“ im Zeitalter des Imperialismus und des „Kalten Krieges“. Eine solche Arbeit erscheint umso dringlicher, damit der Begriff „Geopolitik“ im In- und Ausland immer wieder verwendet wird, ohne dabei aber klar zum Ausdruck zu bringen, was darunter eigentlich in unserer Zeit zu verstehen ist. Für viele Journalisten, aber auch Wissenschaftler unterschiedlichster Provenienz, zählt die „geopolitische Lage“ zum täglichen Standardvokabular.

Aber angesichts der deutschen Erfahrungen scheint es sinnvoll zu sein, den Begriff „Geopolitik“ zu definieren, um Mißverständnisse zu vermeiden. Möglicherweise können unter Geopolitik die geographischen Grundlagen eines Staates als *ein* Bedingungsfaktor bei den Konstanten und Variablen der jeweiligen Außen-, Wirtschafts-, und Sicherheitspolitik verstanden werden. Dies hat nichts mit einem Determinismus oder einer bestimmten Kausalität zu tun, sondern mit der

Prof. Dr. Dr. h.c. (em.) Hans-Adolf Jacobsen, Bonn

1 Vgl. u.a. Schöllgen, Gregor, *Die Macht in der Mitte Europas*, München 1992; Weidenfeld, Werner, *Der deutsche Weg*, Berlin 1990 (S. 191: kommentierte Bibliographie).

unverkennbaren Herausforderung eines jeden Staates durch seine geographische Umwelt, auf die es unter Berücksichtigung der jeweiligen Wechselwirkung zwischen politischer Lebensform und geographischem Milieu angemessen zu reagieren gilt. Dabei wird sich das politische Selbstverständnis der verantwortlichen Politiker, die von ihnen formulierten Interessen sowie ihre Fähigkeit zu einer realistischen Perzeption (Möglichkeiten und Grenzen des eigenen politischen Verhaltens und das ihrer Gegenüber jenseits der Grenzen) ebenso auswirken wie das Normen- und Wertesystem, dem sie sich verpflichtet fühlen.

Herausforderung und Antwort

Wer das letzte Jahrhundert deutscher Politik kritisch zu würdigen versucht, wird erkennen müssen, daß die politischen und militärischen Führungen teils ähnliche, teils völlig unterschiedliche Antworten auf die Lage des Deutschen Reiches, seine „Raumenge“ und die perzipierten „Bedrohungen“ gegeben haben; das betrifft auch den Einsatz der Mittel zur staatlichen Selbstbehauptung. Konservative Führungskräfte verbanden am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts den Schutz des 1871 durch „Blut und Eisen“ vereinten Kaiserreiches mit dem Streben nach einer Weltmachtrolle Deutschlands. Hierzu bedurfte es nicht zuletzt entsprechender Streitkräfte, deren Ausbildung, Motivation und Einsatzbereitschaft Ausdruck einer militaristischen Gesinnung waren und die zugleich bezeugten, daß der Krieg als ein „legitimes“ Mittel der Politik betrachtet wurde. Aber bereits der erste „Griff nach der Weltmacht“ scheiterte in den Jahren 1914-1918. Eine der wohl wichtigsten Ursachen dafür waren die maßlose Überschätzung der eigenen (deutschen) Möglichkeiten, d.h. die einer Kontinentalmacht, und die Unterschätzung des feindlichen Bündnisses, in dem die großen Seemächte und weitere Kontinentalmächte mitwirkten.

Diese Fehlperzeption, die zur deutschen Niederlage und zum Sturz der Monarchie 1918 führte, veranlaßten den bayerischen General Karl Haushofer, nachdrücklich zu fordern, den Staatsmann künftig im „Weltbild“ zu halten („let us educate our masters“) und ihn zu befähigen, richtige Entschlüsse zu fassen, um die alten Fehler zu vermeiden und Deutschlands Größe zu garantieren. Dieser müsse nur den „geopolitischen Bedingungsfaktoren“ die notwendige Beachtung schenken und sich in seinem Handeln an diesen orientieren. Aber was verstand der Professor und Volkstumskämpfer unter den Bedingungen seiner Zeit unter „Geopolitik“? Da mit seinem Namen und seiner „Schule“ der eigentliche Irrweg deutschen geopolitischen Denkens verknüpft ist, muß darauf etwas näher eingegangen werden.²

2 Vgl. Jacobsen, Hans-Adolf, Karl Haushofer. Leben und Werk, 2 Bde, Boppard 1979; Kost, Klaus, Begriff und Macht. Die Funktion der Geopolitik als Ideologie, in: Geographische Zeitschrift, Jg. 74, Heft 1 (1986), S. 14ff; kritisch auch: Schwind, Martin, Allge-

Geopolitik als „politische Bildung“

„Geopolitik“ war für Haushofer stets mit einem Wechselverhältnis von Theorie, so wie er sie auslegte, und Praxis, vom Wissen und Handeln sowie von Erkenntnis und Anwendung verbunden. Sie hatte für ihn wahrscheinlich eine vierfache Bedeutung: sie war Wissenschaft von der „politischen Lebensform im natürlichen Lebensraum in ihrer Erdgebundenheit und Bedingtheit durch geschichtliche Bewegung“, d.h. alles politische Geschehen war von den dauernden Bedingungen der Bodengestalt abhängig. Zugleich war sie eine Art Integrationswissenschaft, d.h. der Versuch einer Synthese von Natur- und Geisteswelt (darunter u.a. von Biologie, Bodenkunde, Botanik, Zoologie, Medizin, Gesellschafts- und Staatswissenschaft, Philosophie und Rechtskunde). Die anderen Disziplinen sollten mehr oder weniger als „Hilfswissenschaften“ die „festeste Plattform“ bilden. Diese sollte „weltumspannend“ sein, ohne intellektuelle Grenzen, höchstens mit solchen, „die Erkenntnis und Natur über den Erdball zwischen seinen Großräumen und seinen uralten Kulturvölkern ziehen“. „Geopolitik“ war im Grunde eine andere Umschreibung von „Politischer Wissenschaft“ (oder auch deren Grundlage, wenn man will), insbesondere von deren Teilbereich „Außenpolitik“ - zugleich als vergleichende Staatenkunde oder Auslandskunde interpretiert. Sie war so etwas wie ein Schlüssel zum Weltverständnis (u.a. zu dem des Unterschiedes zwischen kontinentalen und ozeanischen Völkern und Staaten, zwischen kleinräumiger und groß- und weiträumiger politischer Weltanschauung). Sie konnte zukunftsgerichtet sein, dynamisch - im Gegensatz zur statischen politischen Geographie - „angewandte Wissenschaft“, d.h. eine Kunstlehre, und Wegweiser im politischen Leben mit dem Bestreben, das gesamte Wissen „griffbereit und handgerecht“ aufzuarbeiten. Pflicht der Wissenschaft sei es, „dem, der sich zur Fähigkeit politischen Handelns erziehen will, zu sagen, wie er am einfachsten, mit den geringsten Umwegen und mit dem kleinsten Arbeitsaufwand in den Besitz ausreichenden Wissens kommen kann, um den Sprung vom politischen Wissen zum Können mit ausreichender Aussicht auf Erfolg“ zu wagen. „Geopolitik“ lehre das Wissen um die „bodenwüchsigen, erdhaften, raumbedingten Grundlagen und Leitzüge der Kunst der Staatenführung und Völkerleitung“. Damit verbunden sei der Mut zur Prognose durch den Wissenschaftler, der sich nicht „mit der Rolle des Registrators begnügen dürfe“. Es komme also darauf an, geopolitische Leitlinien im unruhigen Kräftespiel der Gegenwart wahrzunehmen, in ihrem Verlauf zu erkennen und deren Zukunftsrich-

meine Staatengeographie, Berlin 1972; Vor allem: Brill, Heinz, Politische Geographie in Deutschland, in: Zeitschrift für Politik, 1992, S.86ff.

Vgl. auch die Rezension der neuesten Untersuchung von: Ebeling, Frank, Geopolitik. Karl Haushofer und seine Raumwissenschaft 1919 - 1945, Berlin 1994.

tungen anzudeuten, natürlich mit einem gewissen Spielraum von „Fehldiagnosen“. Angesichts der Willkür menschlichen politischen Waltens könnten aber höchstens zu 25% „ganz bestimmte Aussagen gemacht werden“. Freilich, so ergänzte Haushofer 1940 einmal - jetzt wohl unter dem Eindruck der Entwicklung -, „was der Mensch aus den Gegebenheiten mache, die ihm exakte Wissenschaft als Vorhersage über das Mögliche und Unmögliche liefern könne, das sei seiner schicksalsgestaltenden Kraft überlassen, für deren Ausmaß es keine Schicksalskündigung gebe“; „ihr Umfang ist Gnade einer höhern Macht“.

Nichtsdestoweniger glaubt Haushofer, daß die „Geopolitik“ als „treueste, vorbereitende Gehilfin des politisch gestaltenden und schöpferischen Menschens in der Kunst politischen Handelns“ nützlich sein könne. Sie sei dasselbe, was für den militärischen Kämpfer „eine gute Karte und eine vollendete Geländekenntnis seines Kampfraumes und der Nachbarböden“ sei, für den „Bergsteiger im Ringen um Höhe“ und für „den Landmann auf seinem Agrarboden die Kenntnisse von Natur und Boden“ sowie für den Kaufmann „das Wissen um die Bedingungen der Wirtschaftsräume und die Dauer staatlicher Existenz“. Letzten Endes aber verstand Haushofer unter „Geopolitik“ ein Mittel zum Zweck, nämlich zur Raumerziehung und zum Kampf um Lebensraum, sowohl defensiv zur Abwehr fremder geopolitischer Einflüsse als auch offensiv zur Erweiterung der eigenen Macht und „Wiedervereinigung der Volkheit“. In dem unablässigen „Fechten“ um unser „Leben und Dasein als selbständiges Volk auf dem Rücken der Erde“ sah er die eigentliche Erfüllung seiner „Geopolitik“.

So gesehen läßt sich vielleicht „Geopolitik“ im Selbstverständnis von K. Haushofer wie folgt definieren: *Geopolitik ist Wissenschaft von der Weltpolitik in ihrer Abhängigkeit von geographischen Grundlagen und Lehre ihrer praktischen Anwendung in der Außenpolitik* mit dem Zweck, das notwendige geistige Rüstzeug für Schutz und Erweiterung des deutschen Lebensraumes zugunsten der Siedlungstüchtigen (d.h. zur „gerechten Verteilung“) zu schaffen. Zusätzliche Mittel hierfür sind Weckung der geopolitischen Instinktsicherheit, Selbsterziehung, politische Bildung zur Schaffung eines politischen Weltbildes und Prognose auf wissenschaftlicher Grundlage. Entscheidend bleibt, den Wiederaufstieg Deutschlands zur Weltmacht - mit „Güte oder Gewalt“ - zu fördern oder zu rechtfertigen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß Haushofer gelegentlich letzteres eingeschränkt und davon gesprochen hat, daß er nicht beabsichtigt habe, mit der „Geopolitik“ eine „Milieutheorie“ zu entwickeln oder einem Determinismus das Wort zu reden. Er wußte wohl um den gewissen Dilettantismus seiner „Wissenschaft“.

Revisionspolitik

Nach dem Ersten Weltkrieg gipfelte die Politik der Siegermächte in einer Amputation des Deutschen Reiches und in der Niederhaltung des ehemaligen Gegners, was in Deutschland zum „Trauma von Versailles“ führte. Diese neue, als beson-

ders schmachvoll empfundene Herausforderung beantworteten die politisch Verantwortlichen mit einer Revisionspolitik, die die „Ketten“ sprengen, die „Atemnot“ überwinden und die „Ehre“ der Deutschen wiederherstellen sollte. Am Ende sollte das Reich wieder einen geachteten Platz im Kreise der Völkerfamilie einnehmen. Diesen Zielen hatten sich fast alle Parteien verschrieben. Insgeheim hofften führende Repräsentanten derselben, daß Deutschland mittels Diplomatie, Wirtschafts- und Kulturpolitik schrittweise seine Großmachtstellung zurückgewinnen könne. Unter ihnen gab es aber auch solche, die ungeachtet der demokratischen Wertbezüge der Weimarer Verfassung und der militärischen Bedingungen des Versailler Vertrages (100 000 Mann Berufsheer) mit dem Gedanken spielten, zur gegebenen Zeit (z.B. im Bündnis mit Rußland) militant auszugreifen, um notfalls eine Revision der Ostgrenze zu erzwingen. Durch eine Wehrhaftmachung des deutschen Volkes wollten sie hierfür die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Dabei wurden sie vor allem von rechtsradikalen Verbänden und Parteien unterstützt, von denen die NSDAP unter Adolf Hitler schließlich 1933 die Macht an sich riß. Die Nationalsozialisten aber hatten ihre eigenen radikalen Vorstellungen wie, d.h. mit welchen Zielen und Mitteln, Versailles überwunden und die Machtposition des Reiches in Europa ein für allemal gesichert werden könnte.³

Geopolitik und Nationalsozialismus

Wenn auch zwischen den Anschauungen eines Haushofers und der NS-Machthaber mit ihrer Ideologie beträchtliche Unterschiede bestanden, so läßt sich doch trotz allem nicht leugnen, daß der Geopolitiker in den Jahren von 1933 bis 1940 durch mannigfache Äußerungen und Kommentare den Eindruck erweckt hat, die von der NS-Führung verfolgte Politik (zumindest bis 1940) stimme mit seinen geopolitischen „Theorien“ und Prognosen - (letztere hätten sich damit als zutreffend erwiesen) - überein, und seine Ziele seien mit denen der Nationalsozialisten weitgehend identisch. So bescheinigte er z.B. schon wenige Wochen nach ihrer Machtergreifung den neuen Führern, daß sie, die Minderheit, als einzige in der Weimarer Republik ihr Weltbild nicht verloren und das „Recht der Deutschen auf Raum und Selbstbehauptung wachgehalten“ hätten. „Dieser Gewissensschärfung diene auch die Arbeit auf dem Gebiet der Geopolitik.“ Aus solchen Betrachtungen „flamme jäh ein Naturrecht der Fleißigen auf gerechten Anteil an Erde und Lebensraum empor - echt national und sozial zugleich in seinem Kerngehalt -, ein Kampf, der von der nationalsozialistischen Bewegung heute mit voller Wucht“ aufgenommen worden sei. Noch präziser formulierte er in seinem Aufsatz „Der

3 Vgl. allgemein: Krüger, Peter, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985; Bracher, K.D., M.Funke, H.-A. Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918-1933, Düsseldorf 1987.

nationalsozialistische Gedanke in der Welt“ (1934) den „Gleichklang“ von NS-Weltanschauung, wie er sie verstand, und Geopolitik. Das betraf nicht nur die „Ausdehnungsziele“, die „Volkserneuerung“, die „Überlegenheit des nationalen Willens - namentlich auf sakral gehaltenem Boden, in einem dem Blut und Rasse kongenialen Raum“, sondern auch die „Sicherung des Führergedankens“ („Herrschaft des Besten“) und den Führungsanspruch der Nationalsozialisten in Europa. Im Rückblick auf die NS-Außenpolitik der Jahre 1933-1939 resümierte er voller Genugtuung, wie schnell die „politische Tat“ die „Richtigkeit geopolitischer Schicksalskündigung“ erwiesen habe. Und vor der Deutschen Akademie dozierte er im Jahre 1940: Wenn nunmehr das Großdeutsche Reich in seiner vielleicht „größten Daseinsgefahr“ geeint und auf so „viel festerem geopolitischem Boden mit geschützter Ostfront“ stehe als das kurzlebige Zweite Reich von 1871-1914, so hätten daran gewiß „die Ansätze zu geopolitischer Volkserziehung und die intensive Auswertung der Weltkenntnis der politischen Erdkunde“ ihren bescheidenen Anteil. Allein diese Äußerung enthüllte einmal mehr den Wunsch als Vater des Gedankens.

Freilich gab es in der Frage nach der Ziel-Mittel-Relation zwischen der NS-Führung und Haushofer gravierende Unterschiede, mögen diese auch erst im Verlauf des Zweiten Weltkrieges deutlich geworden sein. Solange die Nationalsozialisten mit verdeckten Karten spielten und eine Strategie grandioser Selbstverharmlosung verfolgten, blieb es ein schwieriges Unterfangen, diese zu erkennen. Der Kampf um die rassistische „Neuordnung Europas“ mit qualitativ veränderten Wertbegriffen war für Hitler unlösbar mit dem weltanschaulichen Vernichtungskrieg gegen das Judentum und den Marxismus verbunden. Der revolutionäre Kampf gegen die „Weltverderber“, die „Entmachtung“ der Rassenfeinde konnte und mußte mit allen „inhumanen“ und „ungerechten“ Mitteln geführt werden, wenn dabei nur die „Rettung Deutschlands“ gelang. Solange die „pax germanica“ nicht gesichert war, gab es keinen Unterschied zwischen Krieg und Frieden. Wenngleich sich Haushofer auch meist zweideutig oder bildhaft auszudrücken pflegte und taktisch zu argumentieren verstand, seine Endzielvorstellungen, sicherlich je nach politischer Lage variierend und kühner prognostiziert, waren mit denen der Nationalsozialisten nicht identisch, mag es auch partielle Gemeinsamkeiten gegeben haben. Der Geopolitiker dachte vorwiegend in den Kategorien traditioneller imperialistischer Machtpolitik - wie so viele seiner konservativen Zeitgenossen. Die Vorstellung von dem künftigen Reich, in dem alle Deutschen und möglicherweise alte deutsche Kulturlandschaften wieder vereint waren, beherrschte ihn eit seines Lebens. Ohne diese näher zu präzisieren, gebrauchte er in diesem Zusammenhang Vokabeln, die ihn lange Zeit auf eine Stufe mit den Nationalsozialisten zu stellen schienen, zumal er Krieg als ultima ratio für den Kampf um „gerechten Lebensraum“, im Sinne des Naturgesetzes der „wachsenden Räume“, nicht ausgeschlossen hatte - indessen mit der Einschränkung: ohne damit Lebensgefahr für den Volksbestand heraufzubeschwören.

Stets sprach er vom Schmieden der geistigen Waffen, vom Ringen um die Macht, von der Notwendigkeit, den Worten Taten folgen lassen zu müssen, und davon, daß keine „gesicherte Ruhe des Satiertseins“ hingenommen werden könne, solange der „Anteil der Atemweite“ nicht durchgesetzt und verlorene Gebiete im Osten - „freilich mit tausend Opfern und Schmerzen“ - nicht wiedergewonnen seien. Es ist anzunehmen, daß ihm als letztes Ziel vorgeschwebt hat, die Volksgrenzen mit den Staatsgrenzen in Übereinstimmung zu bringen, um damit die Großmachtstellung Deutschlands für die Zukunft zu sichern. Freilich: was ihm und anderen die Erfüllung der deutschen Geschichte bedeutet haben mochte, war für die NS-Führung kaum mehr als eine weitere Etappe auf dem Wege zur rassistischen „Neuordnung des europäischen Kontinents“ („Großgermanisches Reich“). Als Hitler ab 1939 mit Mitteln der Gewalt immer kühner ausgriff, war Haushofer völlig deprimiert ob der „mechanischen Kräfte“, die damit gesiegt hätten. Das hatte er nicht gewollt, schon gar nicht eine „Herrschaft der Bajonette“ in Europa, eine Assimilierung fremder Volksteile und einen Krieg gegen die Sowjetunion, der seiner Konzeption vom weltumspannenden Bündnisystem Deutschland, UdSSR und Japan widersprach. Verzweifelt hatte er sich die Frage gestellt: „Warum im ewigen Kampf, statt daß der Mensch den Menschen Liebe zollte, sein Erdball hin durch Blut und Tränen rollt?“ Eine offene Antwort darauf hat er gescheut, zumal sich die meisten seiner „geopolitischen Prognosen“ als fundamentaler Irrtum erwiesen hatten.

Adolf Hitler und seinesgleichen hielten indessen noch im Untergang an ihrer „historischen Mission“ fest. Hatte der Führer doch einst prophezeit: „Deutschland wird entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein“. 1945 beschuldigte er das deutsche Volk, sich seiner nicht für würdig erwiesen zu haben, es habe versagt, es könne untergehen, - dem stärkeren Ostvolk gehöre die Zukunft.⁴

In Wirklichkeit aber waren die Gründe für die totale deutsche Niederlage ganz andere. Sieht man einmal von den wahnwitzigen und verbrecherischen Kriegszielen der NS-Führung ab, die die deutsche Wehrmacht vor unerfüllbare Aufgaben stellte, und in denen sich u.a. Hybris, Menschenverachtung und Gewaltpolitik manifestierten, so war es in erster Linie das ausgeprägte Unvermögen der politischen und militärischen Führung, die Welt in ihren Realitäten hinreichend zu begreifen, Möglichkeiten und Grenzen deutscher Kriegsführung realistisch einzuschätzen und daraus die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Die welt-historische Zäsur ist dafür beispielhaft, als die Wehrmacht die Sowjetunion überfiel und Hitler den USA den Krieg erklärte. Raum, Ressourcen und Potentiale sind damals in ihrer Bedeutung für den Ausgang des erbarmungslosen Krieges entwe-

4 Zur Geschichte des Nationalsozialismus: vgl. Bracher, K.D., M.Funke, H.-A. Jacobsen (Hrsg.), Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Düsseldorf 1992; Zur Geschichte des 2. Weltkrieges jetzt grundlegend: Weinberg, Gerhard L., A world at arms. A global history of World War II, Cambridge 1994.

der verkannt oder einfach negiert worden. Dies schloß warnende Stimmen aus be-
rufenem Munde nicht aus, die auf die völlige Überforderung der deutschen Kräfte
hinwiesen. Aber auf diese hörten die nationalsozialistischen Fanatiker nicht; sie
wollten es auch gar nicht, weil sie im Falle der Niederlage oder eines Kompromis-
ses das Urteil der Geschichte fürchteten.

Das geteilte Deutschland im Ost-West-Konflikt

Die Politik der „Antihitlerkoalition“ nach ihrem militärischen Sieg über die Ag-
gressoren stellte für die neuen deutschen Führungseliten eine wohl beispiellose
Herausforderung neuer Art dar. Auf Besetzung, Entmilitarisierung, Gebietsverluste,
Demokratisierung und schließlich Teilung Deutschlands im Zuge des ausbrechen-
den „Kalten Krieges“ (gekennzeichnet durch die weltpolitische Rivalität der bei-
den Supermächte USA und Sowjetunion, den Antagonismus der Gesellschaftssy-
steme und das Atomzeitalter) reagierten die Repräsentanten der beiden deutschen
Staaten unterschiedlich. Nimmt man die Bundesrepublik als Maßstab, so wird deut-
lich, wie entschieden und sinnvoll - von mancherlei Irrungen und Wirrungen ein-
mal abgesehen - aus den gemachten historischen Erfahrungen Lehren gezogen
worden sind. Hierzu zählen die realistischere Einschätzung der Umwelt und der
Rolle der neuen mittleren Macht Deutschland, Augenmaß für das Notwendige und
Machbare, Zurückhaltung, Friedenspolitik und Verantwortung im Umgang mit
anderen Staaten. Voraussetzungen dafür waren vor allem die demokratische Kul-
tur als Grundlage, Integration, kollektives Verteidigungsbündnis und ein stetiger
Interessenausgleich. Wichtig blieb dabei das Selbstbestimmungsrecht, das lang-
fristig gesehen die deutsche Einheit friedlich und einvernehmlich mit Partnern und
Nachbarn ermöglichen sollte. Dies geschah 1990. Seitdem aber wird deutsche
Politik unter dem Blickwinkel zu beurteilen sein, ob es mit ihrer Hilfe gelingt, das
gesamteuropäische Einigungswerk voranzutreiben, den Demokratisierungsprozeß
Osteuropas unumkehrbar zu machen und den Frieden in Europa zu wahren. Mit
einer solchen Politik würden die Deutschen eindrucksvoll beweisen, daß geopoliti-
sche Herausforderungen in ganz anderer Weise als in der Vergangenheit im In-
teresse der Völker Europas beantwortet werden können.⁵

5 Allgemein: Hacke, Christian, Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundes-
republik Deutschland, Frankfurt-Berlin 1993 (aktual. u. erw. Ausgabe)